Nr. 293. 19. Jahrgang.

Hamburger Echo.

Das „Hamburger Echo“ erscheint täglich, außer Montags.
Abonnementspreis (inkl. „Die Neue Welt“) beträgt: durch die Post bezogen ohne Bringegeld monatlich ℳ 1,20, vierteljährlich ℳ 3,60; durch die Kolporteure wöchentlich 30 ₰ frei ins Haus.
Einzelne Nummer 5 ₰. Sonntags-Nummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 ₰.
Verantwortlicher Redakteur: Gustav Wabersky in Hamburg.

Freitag, den 15. Dezember 1905.

Anzeigen werden die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum mit 30 ₰, für den Arbeitsmarkt, Vermietungs- und Familienanzeigen mit 20 ₰ berechnet.
Anzeigen-Annahme in der Expedition (bis 6 Uhr Abends), in den Filialen (bis 4 Uhr Nachmittags), sowie in sämtlichen Annoncen-Bureaux.
Redaktion und Expedition: Fehlandstraße 11 in Hamburg 1.

Filialen: Süd-St. Pauli bei Carl Lementzow, Davidstr. 35. Nord-St. Pauli, Eimsbüttel, Langenfelde bei Carl Dreyer, Margarethenstr. 72, Eimsbüttel. Hohelukt, Eppendorf, Groß-Borstel und Winterhude bei Ernst Großkopf, Lehmweg 51, Eppendorf. Barmbeck, Uhlenhorst bei Theodor Petereit, Bachstr. 12, Barmbeck. St. Georg, Hohenfelde, Borgfelde, Hamm, Horn und Schiffbeck bei Carl Ortel, Baustr. 26, Borgfelde. Hammerbrook, Rotenburgsort, Billwärder und Veddel bei Rud. Fuhrmann, Schwabenstr. 33, Hammerbrook. Eilbeck, Wandsbeck und Hinschenfelde bei Franz Krüger, Sternstr. 36, Wandsbeck. Altona bei Friedrich Ludwig, Bürgerstr. 118, Altona. Ottensen, Bahrenfeld bei Johannes Heine, Bahrenfelderstr. 140, Ottensen

Hierzu zwei Beilagen.

Der gelehrige Posadowsky.

Wenn der Graf Posadowsky letzten Dienstag im Reichstag als Sarastro in der „Zauberflöte“ die berühmte Baßarie „In diesen heiligen Hallen“ zu intonieren begonnen hätte, er hätte kaum viel mehr Sensation damit auf allen Seiten des Hauses hervorrufen können als mit seiner Moralpredigt an die Adresse der bürgerlichen Klassen resp. der bürgerlichen Gesellschaft, der er ihren Materialismus und ihren Mangel an sittlichem Ernst vorwarf, was nach dem Zusammenhang nur auf das schäbige und engherzige Verhalten gegen die Arbeiter bezogen werden kann. „Ich glaube, daß mit unserem wachsenden Wohlstand nicht die Opferfreudigkeit und die Großherzigkeit in den wirtschaftlichen Dingen gleichen Schritt gehalten haben, die die besitzenden Klassen haben müßten.“

Und neben diesem Grund für das Wachstum der Sozialdemokratie führte er den weiteren in seinem Munde nicht weniger verblüffenden an: „Ich glaube, daß bei unserer Verwaltung auch in den lokalen Instanzen sich mancher kleine Gesichtspunkt aus dem alten Polizeistaat erhalten hat, der in unsere Zeit nicht mehr hineinpaßt.“

Was für ein Geist war in die Exzellenz des Polizeistaats gefahren, daß er mit solchen Erzketzereien die kapitalistischen und bureaukratischen Wespennester gegen sich mobil zu machen wagte?

Man steht vor einem Rätsel. Im Volke sagt man, wenn jemand eine auffällig bessere Sinnesart als vordem bekundet: „Der lebt nicht mehr lange.“ Sollte dem Grafen Posadowsky schwanen, daß seine Tage gezählt seien und der Lucanus ihn demnächst heimsucht?

Freilich hat er schon früher einmal einige rollenwidrige Seitensprünge dieser Art gemacht — obschon bei weitem nicht so starke wie diesmal — wofür er von stockreaktionären Blättern als gelehriger Schüler der Sozialdemokratie denunziert worden war!

Ein politischer Ovid der Gegenwart, der ein „Buch der Verwandlungen“ (Metamorphosen) schriebe, müßte den österreichischen Ministerpräsidenten v. Gautsch, der sich so rasch von einem Gegner des allgemeinen Stimmrechts zu einem warmen Freund desselben gemausert hat, und den Grafen Posadowsky, der einst beim Scharfmacherverband 12000 Mark für die Zuchthausvorlage schnorren ließ, an die Spitze stellen!

Bei beiden aber erklärt sich das Verwandlungswunder durch den gleichen Faktor: durch die erzieherische Wirkung des sozialdemokratischen Proletariats.

Die herrschenden Klassen haben zwar die fixe Idee, die man von ihren Wortführern oft zu hören und zu lesen bekommt, sie wären die berufenen Erzieher des arbeitenden Volkes. Wir denken dabei immer an die Aeußerung einer intelligenten Mutter: „Mehr als daß wir die Kinder erziehen, erziehen die Kinder uns, die Eltern.“ Das stimmt ja auch. Die Eltern gewöhnlichen Schlags möchten, daß die Kinder in allem ihnen gehorchen und ihnen möglichst wenig unbequem und lästig sind. Der elterliche Egoismus herrscht weit mehr vor als gesunde Erziehungsprinzipien. Die Kinder aber haben ihren eigenen Kopf und erzwingen durch Lärmen und Strampeln und Widerspenstigkeit, daß ihrer Natur und ihren Bedürfnissen Rechnung getragen wird.

Der soziale Egoismus der herrschenden Klassen und ihrer bureaukratischen Geschäftsführer ist noch weit robuster als der elterliche. So lange sich die Massen nicht rühren und wehren, kümmert man sich oben nicht im mindesten um ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse und läßt sie immer tiefer in Not und Elend sinken. Erst wenn sie sich gegen ihre Lage und Mißhandlung auflehnen, und wenn sie die Gewaltkünste zu schanden machen und diese mit verstärkter Wucht des Klassenkampfes beantworten, wenn die Organisationen immer mehr anschwellen und in imposanter Stärke, Geschlossenheit und Entschlossenheit ihre Rechte fordern, erst damit wird den Machthabern „der Dippel gebohrt“, fangen sie an, die Bedrängnis des Volkes zu beachten und zu begreifen, daß etwas geschehen muß, daß das absolutistische Klassenregiment weichen muß, wenn es nicht jählings und unter schlimmen Katastrophen zusammenbrechen soll.

So erzieht das Volk die herrschenden Klassen und bringt ihnen Raison bei, macht ihren hartgesottenen Egoismus mürbe und weckt bei den Helleren und Besseren soziales Verständnis und das soziale Gewissen.

Ueber die großartige Wiener Arbeiterdemonstration für das allgemeine Wahlrecht, während zu gleicher Zeit im Abgeordnetenhaus Gautsch seine Wahlrechtsrede hielt, leistete sich ein liberales Blatt den frostigen Witz: es gebe Leute, die lieber die Fenster einschlagen, als daß sie durch die offene Tür eintreten. Daraus sprach der liberale Aerger über die vom Proletariat bewiesene Kraft und über das kommende Wahlrecht selbst, dem ja die Liberalen keineswegs grün sind, wenn sie auch eine freundliche Grimasse dazu schneiden. Denn das Blatt wußte recht wohl den Aufzug der Arbeiterbataillone in seiner praktischen Wirkung zu würdigen.

Auch an dem Grafen Posadowsky hat sich die erzieherische Wirkung des klassenkämpfenden deutschen Proletariats bewährt. Was er in seiner Rede Vernünftiges vorbrachte, hat er gelernt in der Schule der Sozialdemokratie; direkt wie indirekt in seiner amtlichen Tätigkeit bei der sozialpolitischen Gesetzgebung, die ja eine Frucht der sozialdemokratischen Bewegung ist.

Daß dem so ist, möchten ja die herrschenden Klassen gern verleugnen; sie möchten die schwächlichen Zugeständnisse an die arbeitenden Klassen als einen Ausfluß ihrer eigenen, frei gewonnenen Einsicht und Güte hinstellen. Dabei verfolgen sie den politischen Zweck, die Arbeiterbewegung als überflüssig, ja, als schädlich erscheinen zu lassen, weil durch das rücksichtslose Drängen der organisierten Arbeiterschaft der „gute Wille“ der noch herrschenden Klassen erschüttert werden könne. Das ist natürlich eitel Spiegelfechterei. Der „gute Wille“ ist eben erst ein Produkt des harten Druckes der Arbeiterklasse. Wäre dieser den Herrschenden nicht so deutlich fühlbar geworden, dann wäre auch der „gute Wille“ nicht vorhanden.

Den Exzellenzen des Klassenstaats, die nicht völlig verbohrt sind und die Scheuklappen streng kapitalistischer Auffassung tragen, mag gelegentlich der richtige Zusammenhang aufdämmern; die Arbeiter kennen ihn schon lange. Sie wissen, daß sie auch die geringsten Zugeständnisse nur ihrer eigenen Kraft, der scharfen Geltendmachung ihrer Klasseninteressen zu danken haben. Und weil sie dies wissen, werden sie ihre an den herrschenden Klassen geübte Erziehungsarbeit mit allen Kräften fortsetzen.

Von der Weltbühne.

Aus dem Reichstage. Berlin, 13. Dezember. Das war heute eine gewaltige Ueberraschung, die der Reichsschatzsekretär dem Reichstage vor Eintritt in die Tagesordnung bereitete, aber keine angenehme. Er kündete nämlich einen neuen und zwar den vierten Nachtragsetat für Südwestafrika an. Die Höhe der Nachforderung beziffert sich auf die Kleinigkeit von 30 Millionchen. Da die neulich kolportierten Nachrichten von dem bevorstehenden Friedensschluß mit den Hottentotten sich nicht bestätigt haben, sind größere Mittel für den Transport von Proviant und Munition erforderlich, wodurch Mehrausgaben entstehen. Diese überraschende Ankündigung rief auf allen Seiten eine lebhafte Unruhe hervor. Dadurch wird sich jedoch die Regierung nicht im mindesten beirren lassen, den betretenen Kolonialweg weiter zu verfolgen, und wir gehen wohl nicht fehl, wenn wir uns noch auf weitere derartige Ueberraschungen gefaßt machen. Die Mehrheit murrt und bewilligt dann.

Sodann wurde über das Handelsprovisorium mit England abgestimmt, das mit allen gegen die Stimmen des Grafen Reventlow und einigen ihm Nahestehenden angenommen wurde, unter Ablehnung seines Antrages auf Beschränkung der Verlängerungsfrist von zwei auf ein Jahr, für den außer einigen Antisemiten noch mehrere Großagrarier von der Richtung des Grafen v. Schwerin stimmten. Nachdem dann auch der bulgarische Handelsvertrag gegen die Stimmen der Wirtschaftlichen Vereinigung, der Freisinnigen Vereinigung und der sozialdemokratischen Fraktion in zweiter Lesung angenommen worden war, begann die Fortsetzung der Etatdebatte.

Mit dem Abg. Gröber gelangte der zweite Redner vom Zentrum zum Wort. Diesem gelang es entschieden besser, zum Fenster hinauszureden als seinem Fraktionskollegen Fritzen. Er markierte die frühere Oppositionsstellung des Zentrums in vorzüglicher Weise. Schade nur, daß es alles nur Schein ist. In Berlin oppositionell (d. h. bis zu einem gewissen Punkt, den zu überschreiten er sich sorgfältig hütet), in Stuttgart im Landtag einer der ärgsten Reaktionäre, wie sein Auftreten bei Gelegenheit der Frage der württembergischen Verfassungs- und Wahlrechtsreform zur Genüge dargetan hat. Sehr lange Zeit beschäftigte sich Gröber mit den Erklärungen des Grafen Posadowsky bezüglich des überraschenden Sessionsschlusses im Frühjahr und mit der Diätenfrage. Er bewies dem Herrn Staatssekretär aus den Reichstagsakten, daß seine Behauptungen über den Absentismus in jüngster Zeit nicht angebracht seien, denn zeitweilig habe es auch in früheren Legislaturperioden in den 70er Jahren nicht anders ausgesehen. Wenn es mit scharfen Worten der Zentrumsredner getan wäre, hätte der Reichstag längst die Diäten für seine Mitglieder durchgedrückt, denn es ist nicht das erste Mal, daß von dieser, wie auch von anderer Seite die Notwendigkeit der endlichen Lösung dieser Frage mit schlagenden Gründen in kräftigen Worten betont worden ist. Aber die Taten, die Taten! Wenn das Zentrum als die herrschende Partei die Worte seiner Redner zu dieser Frage nur einmal bei einer günstigen Gelegenheit in Taten umsetzen und der Regierung eine dringende Forderung verweigern würde, bis die Diäten bewilligt sind, so wären sie da. Daher kann man auch die Tiraden Gröbers in dieser Beziehung ebenso wenig ernst nehmen, wie seine Bemängelungen der Stengelschen Vorschläge zur sogenannten Finanzreform. Er vermied es sorgfältig, bündige Erklärungen über die Stellung des Zentrums zu den Steuervorlagen abzugeben; deshalb klang auch seine feierliche Berufung auf § 6 des Flottengesetzes, wonach die Mittel zur Vermehrung der Flotte nicht durch Steuern aufgebracht werden dürfen, die den Massenkonsum belasten, nicht überzeugen. Gleichwertig waren seine Bemerkungen zu der Fortführung der Sozialreform; sie waren offenbar nur bestimmt, die Zentrumsschäflein in Arbeiterkreisen einzulullen. Zur Kolonialpolitik übergehend forderte er Auskunft über die, vom „Hamb. Fremdenblatt“ veröffentlichte Beschwerde der Aquahäuptlinge in Kamerun, betreffend Amtsüberschreitungen des Gouverneurs Jesko v. Puttkamer. Der während der Rede Gröbers erschienene Herr Reichskanzler und sein Stellvertreter Graf Posadowsky erachteten es nicht für angezeigt, auf die Kapuzinade des Zentrumsredners etwas zu erwidern; aber der stellvertretende Kolonialdirektor Prinz v. Hohenlohe-Langenburg hielt es doch für geboten, zu erklären, daß Puttkamer aufgefordert sei, sich über die fragliche Beschwerde zu äußern und als er per Telegramm mitgeteilt habe, daß die Unterzeichner der Beschwerde bis zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt worden seien, habe man ihn aufgefordert, persönlich zu erscheinen und über die ganze Angelegenheit mündlich Bericht zu erstatten.

Nunmehr erhielt ein zweiter Schwabe, nämlich der Senior der süddeutschen Volkspartei, Payer, das Wort. Auch dieser benutzte die Ausführungen Posadowskys zu scharfen Angriffen auf die Regierung und ging dann dazu über, unsere ganze, im Zeichen der Nervosität und aufdringlichen Vielschwätzerei stehende auswärtige Politik einer absprechenden Kritik zu unterziehen. Er schloß mit der Mahnung, daß sich unsere Diplomatie dadurch ein Verdienst um das Reich erwerben möge, daß sie ein viertel Jahrhundert lang andere Nationen zum Wort kommen lassen möge. Den Schluß machte heute eine gänzlich unbedeutende Rede des sächsischen Antisemiten Zimmermann. Morgen Fortsetzung.

Die neueste Kolonialaffäre, die gestern im Reichstag von dem Zentrumsabgeordneten Gröber erwähnt und von dem Kolonialdirektor Prinz zu Hohenlohe-Langenburg in der Hauptsache bestätigt wurde, besteht darin, daß einige Kameruner Häuptlinge, die eine Beschwerde gegen den Gouverneur v. Puttkamer bei dem Auswärtigen Amte eingereicht haben, auf dessen Anordnung hin ins Gefängnis geworfen und abgeurteilt worden, und zwar hat der Prozeß mit der Verurteilung der Angeklagten zu mehrjährigen Gefängnisstrafen geendet. Das „Hamburger Fremdenblatt“, das zuerst diese Mitteilung brachte, schreibt im Anschlusse daran: „Wir würden dieses unerhörte Vorgehen des Gouverneurs v. Puttkamer nicht für möglich halten, wenn uns nicht das Originaltelegramm von Duala vorläge, das die Mitteilung von der erfolgten Verurteilung enthält und das kaum befördert worden wäre, wenn die Nachricht nicht den Tatsachen entsprochen haben würde.“

Zu der jetzigen Behandlung der Sache bemerkt dasselbe Blatt:

„Es ist nun allerdings außerordentlich bequem, auf diese Weise eine Angelegenheit zu vertuschen, deren öffentliche Erörterung den amtlichen Kreisen nicht gerade angenehm ist. Das Vertuschungssystem ist eben gerade bei unserer Kolonialbehörde zu einer lieben Gewohnheit geworden. Die Oeffentlichkeit würde nie etwas von der Beschwerdeschrift der Kameruner Häuptlinge erfahren haben, wenn die Presse sich der Sache nicht bemächtigt hätte. Monatelang lag sie im Auswärtigen Amt, und erst als die amtliche Stelle keine Neigung zeigte, die Beschwerdeschrift überhaupt zu beachten, entschlossen wir uns zur Veröffentlichung. Da erst gab Herr Dr. Stübel die Erklärung ab, daß die Angelegenheit strenge untersucht werden würde. Seitdem hörte man aber von der Untersuchung nicht das Geringste, trotzdem dem Auswärtigen Amt seit langem bekannt war, daß die Kameruner Gouvernementsregierung den Unterzeichnern der Beschwerdeschrift den Prozeß mache. Die Nachricht von der Verhaftung der Häuptlinge befindet sich seit vier Wochen in unseren Händen. Wir zögerten mit der Veröffentlichung, weil wir eine amtliche Mitteilung erwarteten. Seit zehn Tagen sind wir im Besitz des Telegramms aus Duala, das die erfolgte Verurteilung meldet. . . . . Es ist richtig: wir wissen noch nichts Näheres über die Gerichtsverhandlung. Aber es darf nicht wundernehmen, wenn man in der Oeffentlichkeit das Gefühl hat, daß es sich hier um einen Uebergriff des Gouverneurs Puttkamer handle. Man bedenke die Sachlage: Die Kameruner wenden sich in einer langen, ausführlich begründeten Beschwerdeschrift vertrauensvoll an den Reichskanzler und den Reichstag. Die Beschwerdeschrift richtet sich gegen Puttkamer und einige seiner Beamten. Die Beschwerdeschrift wird nun an Puttkamer zurückgegeben „zur Berichterstattung“. Und der Gouverneur hat nichts Eiligeres zu tun, als den Beschwerdeführern den Prozeß zu machen, sich aus eigener Machtvollkommenheit vom Verklagten zum Kläger zu erheben und Richter zu sein in seiner eigenen Sache.“

Das „Fremdenblatt“ hat mit seiner Kritik vollkommen recht. Aber — warum kritisiert es nur bei der Kolonialverwaltung? Warum in die Ferne schweifen? Wie war es doch in Hamburg beim Fall Morath? Wurde da nicht auch derjenige, der eine Beschwerde, eine Anklage gegen den Herrn Direktor erhob, ins Gefängnis geworfen, nachdem dieser Herr Direktor die Untersuchung gegen sich selbst geführt und sich selbst unschuldig befunden hatte? Und war es nicht das „Hamburger Fremdenblatt“, das noch vor wenigen Wochen am tollsten wütete gegen die sozialdemokratischen Bürgerschaftsmitglieder, die gegen Hamburger Beamte Beschwerde erhoben?

Das System, das in Kamerun geübt wird, ist echt preußisch-deutsches Gewächs, nur daß es in den Tropen zu monströsen Formen gediehen.

Zur Hebung der deutschen Kolonien ist endlich ein Schritt getan worden, der gewiß eine gewaltige Besserung der Verhältnisse herbeiführen wird. Wilhelm II. hat nämlich, wie der „Reichsanzeiger“ meldet, beschlossen, den Gouverneuren der Schutzgebiete in Afrika und der Südsee für die Dauer ihres Amts und ihres Aufenthalts außerhalb Europas das Prädikat Exzellenz zu verleihen. Ferner hat er für die Dauer ihrer Verwendung im Kolonialdienst als heimischen Rang den Gouverneuren von Deutsch-Ostafrika, Kamerun und Südwestafrika den Rang der Räte erster Klasse, den Gouverneuren von Togo und den Schutzgebieten der Südsee den Rang der Räte zweiter Klasse verliehen. Dem Gouverneur des Kiautschougebiets ist für die Dauer seines Amtes und seines Aufenthaltes außerhalb Europas das Prädikat Exzellenz verliehen.

Die „Köln. Ztg.“ findet, daß diese Maßnahme „freudig zu begrüßen“ sei. In der Tat! Da lohnt es sich doch, ungezählte Millionen, die aus dem Schweiß des Volkes stammen, aufzuwenden, wenn man weiß, daß dadurch ermöglicht ist, ein halbes Dutzend „Exzellenzen“ mehr zu ernennen.

In ein Wespennest gestochen hat Graf Posadowsky mit seinen Aeußerungen in der Dienstagssitzung des Reichstages über die wachsende Genußsucht und die mangelnde Opferfreudigkeit der besitzenden Klassen, die bei ihnen fehlende Großherzigkeit in wirtschaftlichen Dingen. Darin sieht der Staatssekretär den eigentlichen Grund, warum die bürgerliche Gesellschaft nicht die Kraft hat, die Sozialdemokratie zu überwinden. Was es damit in Wirklichkeit auf sich hat, haben wir im Leitartikel der heutigen Nummer eingehender erörtert. Hier interessiert uns nur die Wirkung der Posadowskyschen Bemerkungen auf die Vertreter der Kapitalsinteressen. Da herrscht wegen der Vorwürfe lodernde Entrüstung. Die unentwegt scharfmacherische „Post“ bedient sich des alten Mittels, jeden, der die Wahrheit sagt, zu den Sozialdemokraten zu werfen, was übrigens für letztere nur rühmlich ist. Die „Post“ hält insbesondere den von Posadowsky gezogenen Vergleich der Gegenwart mit der Zeit von 1806 für ungerechtfertigt und meint:

„Damals allerdings war in die gebildeten und besitzenden Klassen des preußischen Volkes eine Erschlaffung des Pflichtbewußtseins und ein Verfall der Sitten eingerissen, der den preußischen Staat mehr noch als die Rückständigkeit seines Heerwesens dem französischen Eroberer zur leichten Beute werden ließ. Das preußische und deutsche Volk der Jetztzeit aber zeichnet sich in seinen gebildeten Klassen umgekehrt durch ein hohes Maß von vorwärts strebender Spannkraft und von opferwilligem Patriotismus aus, so daß es mehr als ungerecht ist, diese Schichten unseres Volkes im Vergleich zu denen anderer Nationen herabzusetzen, wie dies Graf Posadowsky in seiner Rede getan. Damit macht man nur die Geschäfte der Sozialdemokratie auf Kosten von Kaiser und Reich, und das ist doch gerade nicht die Aufgabe, die deutschen Staatmännern von Gottes und Rechts wegen gestellt ist.“

Die agrarische „Deutsche Tageszeitung“ benutzt die Gelegenheit, dem „Magister des Reichstages“ sein ganzes Sündenregister vorzuhalten. Sie kann es dem Grafen Posadowsky nicht vergessen, daß er sich mehrfach im Reichstage mit besonderer Schärfe gegen agrarische Redner gewandt habe, während er auch der äußersten Linken immer „sachliches Wohlwollen“ entgegengebracht habe. Besonders ist es die Art, wie Posadowsky etwas sagt, was dem Agrarierblatt nicht gefällt. Zu den hier in Frage stehenden Aeußerungen bemerkt es:

„Zum Schlusse seiner gestrigen Rede richtete der Staatssekretär des Innern eine Mahnung an den Reichstag und an das Volk, deren sachliche Berechtigung nicht bestritten werden soll. Aber wiederum war es sein Ton, der ein gewisses berechtigtes Unbehagen hervorrufen mußte. Wer wollte leugnen, daß der Egoismus in den besitzenden Klassen groß ist und überwunden werden muß? Wer wollte in Abrede stellen, daß unser Volk einer sittlichen und seelischen Erneuerung bedarf? Das sind selbstverständliche Gedanken — Gedanken, die man hegt, aber gerade deshalb, weil sie selbstverständlich sind, nur ausspricht, wenn ein besonderer Anlaß dazu vorliegt. Unseres Erachtens lag aber jetzt für einen Staatsmann kein besonderer Anlaß vor. Man kann sehr zweifelhaft sein, ob es zweckmäßig war, solche Gedanken gerade jetzt mit bewußter Absichtlichkeit in den Vordergrund zu rücken, wo die Sozialdemokratie offen sagt, die bürgerliche Gesellschaft müsse, sie möge sich wandeln wie sie wolle, vernichtet, die gegenwärtige Staatsregierung müsse, nach Befinden mit Gewaltmitteln, umgestürzt werden. Die Gefahr liegt ungemein nahe, daß die Sozialdemokratie aus den an sich berechtigten Gedanken Konsequenzen zieht, die von dem Redner selbstverständlich nicht gewollt wurden, für den unmittelbar bevorstehenden Kampf aber sehr bedenklich sein können.“

Die „Deutsche Tagesztg.“ gehört ja seit langem zu den skrupellosesten Scharfmacherblättern; ihr kommt es weder auf eine handvoll Lügen noch auf ein erkleckliches Quantum Blödsinn an, wenn es gilt, die Sozialdemokratie zu verunglimpfen. Seit in Rußland die Revolution ihren Weg schreitet und die deutsche Sozialdemokratie kein Hehl daraus macht, daß sie der russischen Revolution den gründlichsten Erfolg wünscht, ist das Agrarierblatt ganz toll geworden und produziert fast täglich den hellsten Unsinn. So auch in obigem in bezug auf die Wandlungen der bürgerlichen Gesellschaft und die Stellung der Sozialdemokratie dazu. Die Wut, die durch die Zeilen zittert, zeigt aber, daß Graf Posadowsky tatsächlich, wie das Agrarierblatt sich ausdrückt, bei den Besitzenden „ins Fettnäpfchen getreten“ hat.

Agrarische Interessen im preußischen Schulgesetzentwurf. In Preußen-Deutschland können allem Anscheine nach heutzutage überhaupt keine Gesetze mehr gemacht werden, ohne daß für die Agrarier besondere Vergünstigungen geschaffen werden, die entweder in baren Einnahmen, in finanzieller Entlastung oder in der Stärkung ihres Einflusses bestehen. Die Schulgesetzvorlage bietet den Agrariern solche Vorteile gleich nach mehreren Richtungen. Sie schützt den Grundbesitz vor „übermäßiger Belastung“ durch die Schulkosten und gibt auf dem Lande zugleich den Gutsbesitzern das Herrenrecht in der Schule. Die Vorlage nimmt als Maßstab für die Berechnung der zu verteilenden Schullast die Einkommensteuer, einschließlich aller fingierten Normalsteuersätze und die vom Staate veranlagten Realsteuern, einschließlich der Betriebssteuer. Diese Steuern kommen voll zur Anrechnung, die Grundsteuer dagegen nur zur Hälfte. Die Vorlage gibt diese finanzielle Begünstigung des Grundbesitzes offen zu. Sie sagt: „Es ist indeß eine übermäßige (!) Belastung des Grundbesitzes durch die geringere Heranziehung der Grundsteuer vermieden.“ Da die Grundbesitzer sich famos darauf verstehen, à la Wangenheim ihr Einkommen wegzurechnen, so werden sie von den Schullasten nicht allzuviel zu tragen haben.

Dafür wird, wie gesagt, das Herrenrecht der Gutsbesitzer über die Landschulen konstituiert. In den Gutsbezirken, die einen eigenen Schulverband bilden, soll der Gutsherr Träger der Schullasten sein. Wenn der Gutsbezirk nicht vollständig in seinem Eigentum sich befindet, so sind auf seinen Antrag die Schullasten unter die Einwohner des Gutsbezirkes zu verteilen und ein Statut dafür aufzustellen, das auf Antrag des Gutsherrn aber wiederum aufzuheben ist. In Gutsbezirken, in denen eine Verteilung der Lasten auf die Einwohner nicht stattgefunden hat, soll dem Gutsherrn die Verwaltung der gesamten äußeren Volksschulangelegenheiten persönlich zustehen. Er ernennt in diesem Falle auch die Mitglieder des Schulvorstandes, und falls der Gutsbezirk einem Gesamtschulverbande angegliedert ist, steht es ihm frei, eine den Leistungen entsprechende Anzahl von Vertretern zur Abgabe seiner Stimmen selbständig zu ernennen. Damit die eintretende Neubelastung den Gutsherren nicht zu fühlbar wird, sollen in den Etat 3 Millionen Mark eingestellt und als Staatszuschüsse überwiesen werden, und in der Begründung des Entwurfs wird ausgeführt, daß die Zurückziehung dieser Zuschüsse in Zukunft nur noch in außergewöhnlichen Fällen stattfinden solle. Die Gutsherren sind also gegen eine spätere stärkere Belastung damit einigermaßen geschützt.

Minimalen materiellen Leistungen steht also ein dominierender Einfluß auf die Schule gegenüber. So wird die „Schule der Zukunft“ von dem guten Willen und dem Verständnis von Ochsengrafen und Agrariern ähnlichen Kalibers abhängen. Und das nennt man in Preußen zu Beginn des 20. Jahrhunderts Zivilisation!

Auf eine Hinausschiebung der Inkraftsetzung des deutsch-russischen Handelsvertrages wird in den Kreisen der rheinisch-westfälischen Industrie hingearbeitet, weil die durch die Revolution in Rußland geschaffenen unsicheren Zustände auch auf wirtschaftlichem Gebiet eine solche Hinausschiebung wünschenswert erscheinen lassen. Der „Voss. Ztg.“ wird diesbezüglich aus industriellen Kreisen des Rheinlandes geschrieben:

„Die Vorgänge in Rußland machen es von Tag zu Tag zweifelhafter, ob es dem russischen Handelsministerium gelingen wird, bis zum 1. März 1906 alle Vorbereitungen zu treffen, die für das Inkrafttreten des neuen Vertrages unerläßlich sind. Wenn aber der Termin etwa um zwei Monate hinausgeschoben würde, so würde das für die deutsche Exportindustrie nur von Vorteil sein. Es ist offenkundig, daß die infolge der politischen Wirren eingetretenen Verkehrsstörungen dem deutschen Kaufmann das Aufsuchen von Warenbestellungen in den verflossenen Monaten ungemein erschwert haben, ebenso wie die russischen Handelshäuser dadurch vielfach verhindert wurden, ihre für Deutschland bestimmten Aufträge rechtzeitig zu erteilen. Nun haben zwar die letzten Wochen durch größere Bestellungen einen gewissen Ausgleich für diese der deutschen Exportindustrie sehr fühlbar gewordenen Absatzstockungen gebracht, auch darf man mit Sicherheit erwarten, daß diese regere Nachfrage auch in den kommenden Monaten noch andauern wird, weil einmal die gänzlich geräumten Lager zu größeren Warenbestellungen geradezu nötigen und sodann der demnächstige Ablauf des alten Vertrages mit seinen günstigeren Tarifsätzen die russische Geschäftswelt veranlassen wird, sich für längere Zeit, als es sonst üblich ist, mit Waren zu versehen. Eben deshalb aber wird die Lage der deutschen Exporteure in den nächsten Monaten voraussichtlich eine recht schwierige werden. Schon jetzt ergibt sich in vielen Fällen die absolute Unmöglichkeit, die Waren so rechtzeitig zu liefern, daß sie an der russischen Zollgrenze noch zu den bisherigen Tarifsätzen verzollt werden können.

Unter so großen unserem russischen Export drohenden Gefahren haben sich daher mehrere Korporationen aus den Kreisen der bergisch-märkischen Kleineisenindustrie, die beim russischen Export ganz wesentlich beteiligt ist, mit der Bitte an den Reichskanzler gewandt, die russische Regierung zu veranlassen, den Termin des Ablaufes des bestehenden Handelsvertrages bis zum 1. Juni 1906 zu verschieben.“

Der Wunsch der Industriellen, daß man auf die Verhältnisse Rußlands Rücksicht nehme, ist durchaus berechtigt. Aber die Regierung wird kaum bereit sein, ihn zu erfüllen, denn das wäre kaum anders möglich, als daß das Inkrafttreten sämtlicher Handelsverträge entsprechend verschoben würde, weil ja alle neuen Handelsverträge höhere Zollsätze als die alten enthalten, sämtliche Vertragsstaaten aber die Meistbegünstigung genießen, so daß die Verlängerung der Gültigkeitsdauer der jetzigen niedrigeren Zollsätze gegenüber Rußland auch für die anderen Staaten in Kraft treten würde. Das wäre nun freilich kein Unglück. Im Gegenteil, die deutschen Arbeiter könnten nur wünschen, daß die neuen Handelsverträge nie genehmigt worden wären, weil sie die handelspolitischen Beziehungen erheblich verschlechtern. Aber die Agrarier brennen darauf, daß sie in die Lage kommen, die langersehnte Zollwucherbeute einheimsen zu können. Und in ihren Banden liegt ja heute die Regierung ganz und gar. Deshalb werden auch die Wünsche der rheinischen Industriellen ebenso wenig erfüllt werden, wie die Interessen der Industrie überhaupt in den Handelsverträgen genügende Berücksichtigung erfahren haben.

Die Bergleute im Ruhrrevier haben bei den Wahlen zum Berggewerbegericht die richtige Antwort gegeben auf den Schwindel der Wahlen zu den Arbeiterausschüssen. Der „alte“ Bergarbeiterverband errang 51 der Beisitzer, der Gewerkverein 6, die Polen und die Zechenpartei je einen.

In der zweiten Kammer des badischen Landtages, die am Mittwoch ihre erste Sitzung abhielt, wurden von den Sozialdemokraten Interpellationen eingebracht über die Fleischnot, über die Stellung der Regierung zu den geplanten Reichssteuern und über die Arbeiterkammern. — Von Muser und Genossen (Volkspartei) wurde der Antrag eingebracht: Die Regierung zu ersuchen, eine Vorlage zu machen, wodurch die Ruhezeit für alle Eisenbahnbediensteten, Beamten sowie Arbeiter gesetzlich festgelegt wird nach den Normen in der Schweiz, ohne daß eine Reduzierung des Einkommens eintritt; ferner 1. für die Arbeiter in staatlichen Betrieben und die nicht etatsmäßigen Bediensteten eine sofortige nahmhafte Erhöhung ihrer Bezüge herbeizuführen; 2. die mehrfach zugesagte und allseitig als notwendig anerkannte Revision des Gehaltstarifs ohne Verzug in Angriff zu nehmen und mit Beschleunigung durchzuführen. — Die Sozialdemokraten haben ferner den Antrag eingebracht, die Regierung um folgende Gesetzentwürfe zu ersuchen: 1. betr. eine Teurungszulage vom 1. Januar 1906 für die unteren und mittleren Beamten, sowie auch für die Volksschullehrer, 2. einen Gesetzentwurf, betr. Festsetzung der Gemeindewahlen auf einen gesetzlichen Ruhetag und größere Sicherung des Wahlgeheimnisses, 3. einen Gesetzentwurf über die Uebertragung der Rechtsbefugnisse der Bürgermeisterämter an die Amtsgerichte und einen Gesetzentwurf über Aufhebung der Fleischaxise. — Ein Antrag, unterschrieben von allen Parteien, geht dahin, für Arbeiter im Staatsbetriebe und für Angestellte eine namhafte Erhöhung ihrer Bezüge und eine Gehaltserhöhung der Volksschullehrer eintreten zu lassen.

r. **Aus der schweizerischen Bundesversammlung.** Die Nachäffung der schlechten Beispiele des Auslandes durch die schweizerischen bürgerlichen Politiker erstreckt sich nun auch schon auf das schneidige Säbelrasseln in der „Thronrede“. So gebrauchte der den Nationalrat mit einer Ansprache eröffnende Alterspräsident Dr. Bühler die alberne Redewendung: „Nur mit geschliffenem Schwert an der Seite kann das Schweizervolk als „noli me tangere“, im Vertrauen auf die Vorsehung, der Zukunft mit Zuversicht entgegensehen.“ Diese „Vorsehung“ verdient kein Vertrauen, wenn sie das „scharf geschliffene Schwert“ notwendig macht und wenn es auf dieses allein ankommt, dann ist die „Vorsehung“ völlig entbehrlich. Der scharfmacherische Seelenerguß leidet an unheilbarer logischer Schwäche. Aber abgesehen davon ist solche bramarbasierende Scharfmacherei von schweizerischen Politikern einfach lächerlich.

Da die Sozialdemokraten bis auf zwei aus dem Nationalrat eliminiert sind, ist der Karpfenteich ohne die Hechte, die insbesondere unsere Genossen Greulich und Dr. Studer waren, wieder hergestellt. Ruhig und still erledigte die aus 165 gutbürgerlichen Politikern bestehende Nationalratsmajorität in wenigen Sitzungen das relativ große Millionenbudget mit 121 190 000 Fr. Einnahmen und 123 815 000 Fr. Ausgaben, durch die den vielen bürgerlichen Interessen allseitig befriedigend Rechnung getragen ist. Der ganze Verwaltungs- und Gesetzgebungsapparat ist ausschließlich auf die bürgerlichen Interessen zugeschnitten und er funktioniert so vorzüglich, man kann sagen automatisch, daß hierin das tiefe Geheimnis für die Schweigsamkeit der Herren liegt. Wozu sollen sie unter solchen Umständen lange reden? Der Bundesrat ist der Verwaltungsrat, der seinen bürgerlichen Auftraggebern möglichst viele Vorteile zuzuwenden als seine heiligste Aufgabe betrachtet und sie auch erfüllt und so wie Schillers Mädchen aus der Fremde jedem Gliede des Bürgertums eine schöne und nützliche Gabe spendet. Gar nicht eingerichtet ist aber dieser bürgerlich-kapitalistische Verwaltungs- und Gesetzgebungsapparat auf die Arbeiterinteressen und darum die Notwendigkeit für die Arbeitervertreter, oft lange und viel zu reden. So erhalten z. B. von den 123 Millionen Ausgaben die Bauern 3½ Mill. Subventionen und die Arbeiter 25 000 Frks. für ihr Sekretariat.

Ein bischen Debatte gab es beim Militärdepartement. Der Tessi